

Interpellation Clemens Hochreuter, SVP, Aarau vom 05. März 2013 betreffend Leitsätze zur Alterspolitik im Kanton Aargau

Text und Begründung:

Das Departement Gesundheit und Soziales hat eine Broschüre von 50 Seiten inklusive verschiedenen Postkarten und einem Plakat zur Alterspolitik herausgegeben. Der Bericht enthält allerdings nicht wirklich neue Ansätze der Alterspolitik und stellt ein Sammelsurium schöner Sätze dar. Die Broschüre scheint mehr eine Imagebroschüre des Departements Gesundheit und Soziales zu sein. Es fehlen griffige Massnahmen um die Alterspolitik zu steuern. Die demographische Entwicklung ist eine grosse Herausforderung für die gesamte Bevölkerung und die Zeit der Hochglanzbroschüren ist vorbei. Die Zeit muss besser genutzt werden. Die Broschüre wirft verschiedene Fragen auf.

Fragen:

1. Auf welcher gesetzlichen Grundlage wurden die Leitsätze entwickelt?
 2. Wie viel hat die Erstellung der Broschüre gekostet?
 3. Welche internen und externen Stellen waren mit welchem zeitlichen und finanziellen Aufwand involviert?
 4. Die Leitsätze zur Alterspolitik stellen ein Sammelsurium schöner Sätze dar. Alle politischen Wünsche kann man nicht erfüllen. Hierfür fehlt das Geld. Die Priorisierung von Massnahmen in der Alterspolitik fehlt aus meiner Sicht. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat konkret zu priorisieren und weiterzuverfolgen?
 5. Was ist das Ziel des zweiten Alterskongresses vom 4. Mai 2013?
 6. Im Vorwort der Broschüre schreibt die Regierung, dass sich die Alterspolitik von der Diskussion von steigenden Gesundheits- und Sozialkosten lösen muss und sich vermehrt an den tatsächlichen Lebenslagen von älteren Menschen mit ihren Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten orientieren soll. Sieht der Regierungsrat in diesem Politikbereich kein Kosten- bzw. Finanzierungsproblem? Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die finanzielle Belastung der Bevölkerung im Sozialbereich heute zu tief ist?
 7. Falls der Regierungsrat wider Erwarten in der Frage 6 zum Schluss kommt, dass die finanzielle Belastung der Bevölkerung im Sozialbereich zu tief sei, wo will er konkret die Kosten in der Sozialpolitik für die Aargauer Bevölkerung erhöhen? Gibt es hierzu konkrete Geldbeträge?
 8. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass die Kosten für den Aufenthalt der älteren Bevölkerung in Pflegeheimen ein grosses Problem darstellt und mit immer mehr Vorschriften noch verteuert wird? Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass durch geeignete Massnahmen (nicht gemeint sind Subventionen der öffentlichen Hand) die Pflegeheime für die ältere Bevölkerung bezahlbar gemacht werden müssen?
 9. Wie möchte der Regierungsrat die Gemeinden, Regionalplanungsverbände und Institutionen im Altersbereich in der Alterspolitik einbeziehen?
-